

Der Stand unserer Ernährung.

Aus der Tagung des Beirats bei dem Kriegsernährungsamt.

Ueber die am 19. und 20. Januar in Berlin abgehaltene Sitzung des Beirates beim Kriegsernährungsamt geht uns ein umfangreicher Bericht zu, aus dem wir, nachdem über die Eröffnungsansprache des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes schon berichtet worden ist, (Zweites Morgenblatt vom 23. d. M.) noch folgendes hervorheben:

Ueber den Stand der

Kartoffelversorgung

Berichtete der stellvertretende Leiter der Reichskartoffelstelle, daß Transportschwierigkeiten die Heranzuführung genügender Wintervorräte in die Städte beeinträchtigt haben. Vorübergehende Störungen in der Versorgung seien daher unvermeidlich; bei Eintritt günstigeren Wetters werde die Lieferung sofort wieder einsehen. Den Städten mit akuter Kartoffelnot sollen erhöhte Mehlmengen zugewiesen werden. In der Besprechung wurde vor der Annahme gewarnt, daß nachträgliche Erhebungen größere Kartoffelvorräte ausweisen würden. Angeregt wurde die Gewährung eines Transportzuschlages von etwa 30 Pfg. für beschleunigte Heranbringung. Ueber die Versorgung mit

Fleisch

Berichtete der Leiter der Reichsfleischstelle. Er konnte die durch die letzte Viehzählung bereits bekannt gewordenen Tatsachen bestätigen, daß unser Rindviehbestand eine erfreuliche Zunahme aufzuweisen hat, im wesentlichen allerdings für Jungvieh, während der Kuhbestand die alte Höhe noch nicht wieder erreicht hat. Weitere Sparsamkeit im Fleischverbrauch sei daher notwendig, wenn wir nicht wieder unsere Milch- und Fettversorgung schädigen wollen. Immerhin zeige die Uebersicht über die Schlachtungen, daß in fast allen Gegenden des Reiches eine Verstärkung der Fleischzucht erzielt worden ist. Zur Bewirtschaftung des

Brotgetreides

wurde erklärt, daß infolge der schlechten Kartoffelernte die Futterschrotgewinnung wesentlich eingeschränkt werden mußte. Zur Vorkräuterung ist für Januar und Februar Gerstenehl für spätere Brotgetreideernte in Aussicht genommen. Auf diese Weise werden wir unter allen Umständen mit unseren Brotgetreidevorräten bis zur neuen Ernte reichlich. An Keks- und Kuchenbäckereien werden verhältnismäßig geringe Mengen abgegeben. Bei Kuchen, der aus Mehlerparnissen der Kommunalverbände hergestellt wird, sei starke Kontrolle nötig, damit das Kuchenbrot nicht auf Kosten der Brotarteninhaber ausgedehnt wird. Verantwortung aus Korn oder Kartoffeln wird seit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres für Zwecke der Zivilbevölkerung überhaupt nicht mehr hergestellt. Die Ueberweisung von Gerste zur Bierbereitung sichere fast nur noch den Bedarf der Geheerverwaltung und der Schwerarbeiter. Zur Bewirtschaftung von

Milch und Fett

wurde von dem Leiter der Reichsstelle für Speisefette darauf hingewiesen, daß seit dem Verbot der Verfütterung und Verbrennung des Kartoffels und seit Verwendung der Kohlrübe für die menschliche Ernährung in der Hauptsache aus Heu und Stroh bestehende Futter die Milchherzeugung beeinträchtigt habe. Eine Steigerung im Winter sei nicht zu erwarten. Grundsätzlich müsse durchgeführt werden, daß da, wo Molkereien vorhanden sind, die Milch an diese geliefert wird. Ihre Zurückhaltung für Zwecke der Aufzucht sei zu verhindern. In der Aussprache wurde von städtischer Seite die, auch unter Berücksichtigung verminderter Milchgewinnung durch unzureichende Versorgung der Städte bedingte, vom Standpunkte kriegswirtschaftlicher Gerechtigkeit sei dieser Zustand unannehmbar. In Bayern habe man nach monatelanger Arbeit eine befriedigende Organisation der städtischen Milchversorgung erreicht, das müsse auch anderwärts gehen. Erforderlich sei zunächst eine Zusammenfassung der Produzenten auf dem Lande, mit denen die Städte unter staatlicher Mitwirkung verhandeln könnten. Von Verbraucherseite wurde für das unzureichende Belieferung der Städte „der ungerechtfertigte Unterschied im Preise von Milch und Butter“ verantwortlich gemacht. Werde dieses Mißverhältnis von reichswegen ausgeglichen und komme ein einheitlicher Milchpreis, dann werde auch mehr Vollmilch in die Städte fließen. Die Städte könnten dann den über ihren eigenen Bedarf an Vollmilch hinausgehenden Vorrat selbst zu Butter und Magermilch verarbeiten. Von anderer Seite wurde energische Durchsicherung der Zwangslieferungen gefordert, ferner Herabsetzung der Milchpreise zum Ausgleich der Milchpreise. Verfütterung und Verbutterung durch Handzentrifugen und übertheuerter Verkauf der Butter auf Schleichwegen wurde scharf getadelt. Aus ländlichen Kreisen wurde stärkerer Milchverbrauch als Ersatz für das früher heringekommene amerikanische Schweinefleisch behauptet; helfen könne nur entsprechende Aufklärung, nicht aber Zwang. Vom Kriegsernährungsamt wurde mitgeteilt, daß die Festsetzung einheitlicher Milchpreise, die gewünscht werde, in Vorbereitung sei. Zur Versorgung mit

Wurst

sind an der ganzen Küste etwa 20 Gesellschaften gebildet worden, die Fang und Einfuhr ziemlich zeitlos erfassen. Maßnahmen zur Preisregulierung seien getroffen. Die Herstellung der Fischkonserven durch die Fabriken erfolgt nicht mehr auf deren eigene Rechnung, sondern im Lohn. Zur Belieferung des Binnenlandes sind den verschiedenen Gesellschaften bestimmte Absatzbezirke zugewiesen. Als Abnehmer kommen in Frage: Die kommunalen Fischabnahmestellen, die größeren Industriewerke, Heilanstalten, Hotels, Kurhäuser. Mit Öringen sind wir vollkommen auf die Einfuhr angewiesen. Die Süßwasserfische lassen sich schwer erfassen. Höchstpreise ohne gleichzeitige Bewirtschaftung seien unwirksam.

Der Beirat der Reichsstelle für

Nährmittel und Tier

teile mit, daß vom Februar ab größere Mengen von Nährmitteln regelmäßig ausgeschüttet werden sollen. Angeregt wurde die vermehrte Zuweisung von Getreide für Mästzwecke, sowie für verstärkte Herstellung von Suppenwürfeln. Ueber die Frage der

Lieferungsverträge

Berichtete zunächst der Präsident des Kriegsernährungsamtes. Daß ein Systemwechsel in unserer Ernährungspolitik beabsichtigt sei, sei ein Mißverständnis und inzwischen aufgeklärt. Die Lieferungsverträge sollen nur solche Nahrungsmittel umfassen, die ihrer Natur nach zur öffentlichen Bewirtschaftung unangeeignet sind, in erster Linie Gemüse und Obst. Die Kartoffeln sollten zwar von der Reichskartoffelstelle bewirtschaftet werden, dringend erwünscht sei aber trotzdem, daß Gemeindegemeinden, die es können und wollen, sich in ihrer Nachbarschaft durch Lieferungsverträge, wenigstens für die erste Ernährungszeit einen Teil ihres Frühkartoffelbedarfes sichern, auch und dadurch zu vermehrtem Anbau anzuregen. Nach Darlegung des Leiters der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist beabsichtigt, die einzelnen Bedarfsverbände direkte Lieferungsverträge nach einem von der Reichsstelle entworfenen Vertragsformular mit den Produzenten abzuschließen zu lassen. Daneben werde die Reichsstelle selbst möglichst zahlreiche, gleichartige Verträge tätigen, die den Bedarfsverbänden, welche direkte Verträge nicht oder nicht in genügender Umfang zustande bringen konnten, zugewiesen werden sollen. Durch die Mitwirkung der Reichsstelle soll verhindert werden, daß einzelne Bedarfsverbände auf Kosten anderer sich zu reichlich einkunden. Ferner soll damit auch auf eine zweckmäßige Regelung der Preisfrage hingewirkt werden. In der Besprechung wurde zur Sicherung der Durchführung solcher Lieferungsverträge auf die Schaffung einer Erzeugerorganisation hingewiesen, mit der allein abgeschlossen werden könne. In Absatz-Notlagen bestehe eine solche bereits, in einer Reihe anderer Gebiete sei ihre Schaffung in Aussicht genommen. Notwendig sei auch die Heranziehung des legitimen Handels, da er allein über die nötige Sachkunde verfüge. Ueber die Versorgung der

Schwerarbeiter

und über die Hindenburgspende wurde mitgeteilt, daß die Spender grundsätzlich Zahlung erhalten, die Empfänger solche leisten. Der Erfolg der Spende sei recht erfreulich. Bemerkenswert ist, daß das durch den Krieg hart mitgenommene Ostpreußen die bisher größte Ablieferung auszuweisen habe. Die Festsetzung des Begriffs Schwer- und Schwerarbeiter hat zu gewissen, einstweilen nicht hingewirkt werden. In der Erörterung wurde hervorgehoben, daß den Kommunalverwaltungen durch die Sonderstellung der Schwerarbeiter der Ueberblick sehr erschwert wird. Munitionsarbeiter seien vielfach auch Selbstversorger; durch die besonderen Zuweisungen stelle sich eine unerwünschte Uebersorgung ein. Zum Schluß wurde noch die

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung

behandelt. Mit Befriedigung stellte der Präsident des Kriegsernährungsamtes fest, daß von der Verordnung des ersten

Kriegsjahres, die den Kommunen das Recht gibt, Brauchliegende Felder zu bebauen, in den letzten Jahren Gebrauch gemacht zu werden brauchte. Die Bestellung von Baustellen, Erzeugerplätzen und ähnlichem Nebland habe meist Mißerfolg gebracht. Wenn es uns gelingt, mit den vorhandenen Arbeitskräften und Düngemitteln den gesuchten brauchbaren Boden zu bewirtschaften, könnten wir völlig zufrieden sein. Mit Hilfe des Kriegsammtes wird versucht werden, der Landwirtschaft die unbedingt notwendigen Arbeitskräfte, Material und Zugtiere zur Verfügung zu stellen. Die immer sich steigenden Anforderungen des Krieges haben es nötig gemacht, daß an Mensch und Tier auf dem Lande alles zur Arbeit herangezogen wird, was vorhanden ist. Keine Hilfe könne geschaffen werden gegen die Knappheit an Aushilfskräften. Was irgend verfügbar ist, wird rechtzeitig verteilt werden.